

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1932

18.4.1932 (No. 90)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expeditions:
Karl-Friedrich-
Straße Nr. 14
Fernsprecher
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
C. A. M. E. B.
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3 Reichsmark. — Einzelnummer 10 Reichspfennig. — Anzeigengebühr: 14 Reichspfennig für 1 mm Höhe und ein Siebenteil Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreiser Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen 4 Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, Zwangsweiser Betreibung und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksaften und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralthandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Rheinschiffahrtsverband Konstanz e. V.

Aus dem Geschäftsbericht für 1931

Der Geschäftsbericht des Rheinschiffahrtsverbandes Konstanz e. V. (Vereinigung zur Förderung der Schiffbarmachung des Rheines bis zum Bodensee) für 1931 weist darauf hin, daß die allgemeine Krise das normale Fortschreiten der im Gang befindlichen Kraftwerksbauten und die Vorbereitungen für den weiteren Ausbau am Oberrhein nicht zu beeinflussen vermochte. Durch Teilarbeiten für die Zwecke der Oberrheinschiffahrt wäre eine produktive Arbeitslosenbeschäftigung, wie wohl kaum an einer anderen Stelle, möglich. Am 6. Juli 1932 kann der Rheinschiffahrtsverband Konstanz auf eine 25jährige Tätigkeit zurückblicken.

Das Jahr 1931 bildet in der Entwicklungsgeschichte des Badischen Rheinschiffahrtsverbandes einen Markstein. Bereits am 25. September 1931 (im Jahre 1930 am 17. November) wurde in Basel die millionente Tonne umgeschlagen. Der Verkehr des Badischen Rheinschiffahrtsverbandes, er übertrifft damit den Güterverkehr der Bahnhöfe Genf und Zürich. Die starken Regenfälle des Sommers 1931 hielten den Wasserstand auf einer Höhe, der einen fast ununterbrochenen Verkehr ermöglichte. An dem Güterverkehr besonders ist das deutsche, österreichische und schweizerische Einfuhrgebiet der neuen Großschiffahrtsstraße Basel—Bodensee mit insgesamt 515 865 Tonnen beteiligt, wovon 487 645 Tonnen auf den Bergverkehr und 28 223 Tonnen auf den Talverkehr entfallen. Das erste circa 7 Kilometer lange Teilstück des elfässischen Seitenkanals zwischen Markt und Kembs steht vor seiner Vollendung. Wie vorgesehen, wird im Monat Mai 1932 die Schifffahrt auf dem offenen Rhein vom Wehr bei Markt an abwärts bis zur Höhe des Fleiner Kloßes aufhören und den Kanal benutzen. Damit werden die Fleiner Schwellen, die bisher der Schifffahrt öfters Schwierigkeiten bereiteten, umgangen. Der elfässische Kanal ist ungefähr 5 Kilometer lang und weist bei einer Sohlenbreite von 80 Meter und einer Wasserspiegelsbreite von 120 bis 150 Meter eine Maximaltiefe von 12 Meter auf. Am Kraftwerk Kembs wird weitergebaut.

Inzwischen sind die in der zweiten Hälfte des Jahres 1930 auf der Strecke Rehl—Ahein aufgenommenen Rheinregulierungsarbeiten weiter erfreulich fortgeschritten; sie bringen etwa 1200 Arbeitern auf den drei Baustellen Beschäftigung. Auch indirekt werden durch Zurückziehen und Herbeiführung des für die Regulierung benötigten Materials viele Arbeitskräfte beschäftigt. Bis jetzt sind 48 Regulierungswerte in Angriff genommen und 20 Entwürfe, 6 Baggerparcs, 6 Schleppboote und über 100 andere Schiffe verschiedener Größe im Betrieb. Die Arbeiten werden zwischen Basel und Straßburg einen schnelleren Verkehr auf dem offenen Rhein ermöglichen. Über die Kanalisierung Basel—Bodensee wird berichtet:

Im Kraftwerk Hbbrud—Schwörstadt ist, nachdem Mitte Oktober 1930 die erste Maschinengruppe in Gang gesetzt wurde, am 28. April 1931 die letzte Maschinengruppe in Betrieb genommen worden, so daß nunmehr das Werk vollständig arbeitet.

Die Konzessionsverhandlungen über das Kraftwerk Säckingen sind im Gange und die Entwürfe für die Kraftwerksbauten sind durch die Ergebnisse eingehender geologischer Untersuchungen ergänzt worden.

Beim Kraftwerk Albrunn—Dagern sind die beiden ersten Behälter des Stauewehres auf Schweizer Seite bei Leibstadt fertiggestellt. Die Kanalsole für den 3,5 Kilometer langen Oberwasserkanal auf der deutschen Seite ist bereits aufgeschloffen. Für das Kraftwerk ist die Baugrube ausgehoben, die Caissone sind aufgesetzt und mit den Betonierungsarbeiten ist begonnen. Das Werk wird im Jahre 1933 zur Vollendung kommen.

Das Konzessionsgesuch für das Kraftwerk Rheinau ist am 11. November 1931 amtlich veröffentlicht worden. Gegen das Gesuch sind Einsprüche vom Heimatschutz und von Wasserversorgerverbänden erfolgt, die durch den Stau eine Beeinträchtigung des Rheinfalles und eine Trockenlegung der Rheinauer Schleife befürchten. Die Einsprüche unterliegen zur Zeit der Prüfung. Es ist ein zweites Konzessionsgesuch eingereicht worden, bei dem von der Erstellung des Durchstichkanals abgesehen und nur an dem westlichen Ende der Schleife ein Stauewehr mit Krafthaus errichtet wird. Die Schifffahrt verbleibt bei diesem Projekt im Rhein, die Vaulosten für die Schifffahrtsanlagen werden hierdurch nicht unwesentlich verringert.

Infolge der allgemeinen Wirtschaftskrise hat die Nachfrage nach elektrischem Strom nachgelassen. Mit der Elektrifizierung weiterer Bahnstrecken und mit den zunehmenden Verwendungsmöglichkeiten der Elektrizität im Haushalt, was bei Verbilligung der Stromabgabe bestimmt der Fall sein wird, dürfte auch die Nachfrage nach elektrischem Strom wieder eine lebhaftere werden.

Die von den oberrheinischen Schiffahrtsverbänden vorgenommene verkehrsstatistische Erhebung befindet sich in der Auswertung. Im allgemeinen lassen die jetzt schon nachgewiesenen Güterverkehrsmengen im Oberrheingebiet keinen Zweifel darüber, daß der Verkehr sehr beträchtlich sein wird. Die Schweiz hat bei der Erhebung festgestellt, daß der Güterverkehr auf dem Oberrhein nach dem schweizerischen Einzugsgebiet und Italien im Jahre etwa 1,5 Millionen Tonnen ausmacht, während der Güterverkehr, soweit das deutsch-österreichische Einfuhrgebiet in Betracht kommt, etwa 900 000 Tonnen betragen wird. Es dürfte demnach damit zu rechnen sein, daß der Güterverkehr der neuen Großschiffahrtsstraße nach ihrer Erstellung sofort erheblich über 2 Millionen Tonnen betragen wird.

Letzte Nachrichten

Deutschland auf der Abrüstungskonferenz Die deutschen Forderungen

W. Genf, 18. April. (Tel.) Der Hauptausschuß der Abrüstungskonferenz hat heute vormittag seine Beratungen über Artikel 1 des Konventionsentwurfs fortgesetzt, und zwar durch eine Aussprache über die Frage, ob das Konferenzziel in einer einzigen Konferenz erreicht oder in Etappen verwirklicht werden soll. Der Präsident Henderson erklärte, daß bei dieser Gelegenheit auch der deutsche Antrag über den Grundlag der Rüstungsherabsetzung auf ein möglichst niedriges Niveau erörtert werden könne.

Als erster Redner ergriff der deutsche Vertreter, Votivschaffner v. Radolny, das Wort, um die erwünschte Herabsetzung Deutschlands einer effektiven Herabsetzung der Rüstungen auf einen möglichst niedrigen Stand ausführlich zu begründen. Votivschaffner Radolny erklärte, daß in den deutschen Vorschlägen die Methoden zur wirksamen Erreichung dieses niedrigsten Standes aufgezeigt worden seien. Deutschland gehe davon aus, daß ein wirksamer entscheidender Schritt in der Richtung der Abrüstung gemacht werden müsse. Eine unbedeutende oder nur scheinbare Abrüstung oder eine Stauung der Rüstungen bei dem jetzigen Stande könnte in keiner Weise als Erfüllung der Konferenzaufgabe betrachtet werden. Schon die schwere Finanzkrise, unter der alle leiden, müsse an sich ein ausreichender Grund sein für eine möglichst weitgehende Herabsetzung des allgemeinen Rüstungsstandes.

Votivschaffner Radolny erwähnte die deutsche Abrüstung als Beispiel dafür, bis zu welchem Grade man in kurzer Zeit abrüsten könne.

Unterredungen Brünings in Genf

W. Genf, 18. April. (Tel.) Reichskanzler Dr. Brüning trifft heute mittag mit dem englischen Außenminister Sir John Simon und am späten Nachmittag mit dem italienischen Außenminister Grandi zusammen.

Die Sanktionsklausel der Völkerverbundung

W. London, 18. April. (Priv.-Tel.) Der Genfer Korrespondent der „Times“ sagt: In den Verhandlungen der Abrüstungskonferenz werde die Frage erörtert, ob es nicht angebracht wäre, die Sanktionsklausel der Völkerverbundung zu streichen, weil ein solcher Schritt wahrscheinlich der einzige sei, der eine Annäherung des amerikanischen und des europäischen Standpunktes in der Frage eines nicht herausgeforderten Angriffes zustandbringen könnte.

Der Zusammenbruch der Bank für deutsche Beamte

W. Berlin, 18. April. (Priv.-Tel.) Vor der Großen Hilfskammer begann heute die auf mehrere Monate berechnete Hauptverhandlung gegen den Kaufmann Alois Weber und Genossen. Es handelt sich um die zweifelhaften Geschäfte der Bank für deutsche Beamte, die mit Millionenverlusten Ende Oktober 1929 zusammengebrochen war. Durch diesen Zusammenbruch wurde die deutsche Beamtenschaft stark in Mitleidenschaft gezogen. Eine Völkerverbundungsgeschichte großen Ausmaßes spielt in diesem Prozeß eine wesentliche Rolle.

Aus dem Sklarek-Prozeß

Ein schwarzer Tag für Bürgermeister Schneider
W. Berlin, 18. April. (Priv.-Tel.) Im Sklarek-Prozeß wurde heute über Zuwendungen verhandelt, die der Angeklagte Bürgermeister Schneider von dem Sklarek erhalten haben soll. Der Vorsitzende brachte u. a. zur Sprache, daß ein Scheck von 5000 RM. gefunden sei, von dem die Anlage vermutet, daß Schneider diese Summe zum Erwerb einer Hypothek erhalten habe. Schneider bestritt den Empfang dieser 5000 RM. Ihm hätten für eine Hypothek lediglich 500 RM. geflossen, die ihm Max Sklarek geliehen habe, die er aber nach einiger Zeit wieder erhalten hätte.

Vorsitzender: „Haben Sie oder Ihre Frau irgendwelche geldlichen Beziehungen zu den Sklareks gehabt?“
Schneider: „Nein.“

Darauf verlas der Vorsitzende einen Brief von Frau Sklarek an Schneider, der bei der letzten Hausdurchsuchung beschlagnahmt wurde, und in dem die Abnehmerin von Schneider die Rückzahlung der geliehenen 5000 RM. verlangt. Schneider erklärte, daß ihm von diesem Brief nichts bekannt sei.

Vorsitzender: „Also dann ist das ein Phantasiegebilde von Frau Sklarek?“

Schneider: „Sie können schon Recht haben, Herr Vorsitzender. Ich kann mir das alles nicht erklären.“

Vorsitzender: „Das müßte ja dann von Frau Sklarek geradezu eine Art Erpressung sein. Sie haben aber in der Voruntersuchung auch die von Max erhaltenen 500 RM. bestritten. Vielleicht bequemen Sie sich nun vor Schluss der Vernehmung aufzunehmen, auch nur noch die 5000 RM. zuzugeben.“

Das vom Gidgen. Amt für Wasserwirtschaft in Bern aufgestellte Projekt über die Bodenseekabelflutregulierung ist fertig. Die Verhandlungen mit den einzelnen Ländern über die Kostenverteilung sind eingeleitet. Die bei Hemmishofen bis 30 Meter Tiefe unter die Stromsole vorgeschobenen Bohrungen haben ergeben, daß eine sichere Fundierung des Bodenseekabelflutwehres möglich ist.

* Die Not der deutschen Waldwirtschaft

Es ist noch gar nicht solange her, da galt der deutsche Wald für den Staat, für die Gemeinden und für den Privatmann als eines der besten Kapitalien, die man sich denken konnte, und als eine der besten Sicherungen bei plötzlichem Finanzbedarf. Holz war jederzeit zu einem annehmbaren Preis zu verkaufen. So mancher Privatmann hat sich in Kürze von drückenden Schuldenlasten befreien können, indem er ein Stück seines Waldbesitzes verkaufte. Gemeinden, die über reichen Waldbesitz verfügten, standen mit Recht in dem Ruf des Reichtums. Die staatliche Forstwirtschaft spielte im Haushalt eine besonders große und erfreuliche Rolle.

Das alles ist anders geworden. Erstens dadurch, daß infolge der schlechten Wirtschaftslage die Bauwirtschaft zusammengekrumpft ist, zweitens dadurch, daß dem Holz im Eisenbeton und im Stahlmöbel ein bedeutender Konkurrent erwuchs, und drittens dadurch, daß sich unsere Verträge mit Rußland, also in erster Linie der Kapallo-Vertrag, mit der Meistbegünstigungsklausel, in einer Weise auswirkten, die dieser Tage der „Deutschen Tageszeitung“ in Berlin den Satz abnötigte: „Rußland mit Dumpingpreisen hat den deutschen Holzmarkt zerschlagen“.

Es versteht sich ganz von selbst, daß unter dieser Ungunst der Lage besonders die waldbreichen, deutschen Länder zu leiden haben, also vor allem der Süden. Für Baden wird die Situation noch dadurch erschwert, daß wir Grenzland sind und als solches auf jedem Gebiete die wirtschaftliche Noth besonders schwer empfinden müssen. So haben denn auch in der Reichsratsitzung am Donnerstag die Vertreter der süddeutschen Länder sehr eindringlich erklärt, sie müßten gegen die Verlängerung der Verträge mit Rußland Stellung nehmen, solange nicht ausreichende Sicherungen für die deutsche Holz- und Waldwirtschaft geschaffen seien. Der Reichsrat hat dann leider mit Mehrheit der Verlängerung des Kapallo-Vertrages und des Sicherungsabkommens mit Rußland zugestimmt. Doch sollen sich die Ausschüsse des Reichsrats schon in allernächster Zeit mit der Holzfrage eingehend befassen.

Ein wirklicher Trost ist das natürlich nicht. Mit Beratungen ist der süddeutschen Waldwirtschaft nicht geholfen. Es muß gehandelt werden, und zwar so rasch als nur irgendmöglich. Vor allem sollte die Berliner Bürokratie nun endlich auf den Notschrei aus dem Süden hören, und nun endlich ein besseres Verständnis speziell für die schwierige Situation Badens entwickeln. Wir möchten hoffen, daß die Sitzung des Badischen Landtags vom letzten Freitag, die sich mit diesen Dingen beschäftigte, als ein Alarmsignal erster Art in Berlin gewürdigt werden wird.

Die Badische Zentrumspartei hat sich das Verdienst erworben, die ganze Frage im Landtag zur Sprache gebracht und auch gleichzeitig alle die Forderungen und Vorschläge genannt zu haben, die uns aus dem Glend herausführen können. Abgesehen von steuerlichen Entlastungen der badischen Waldwirtschaft, fordert die badische Zentrumspartei — und das Plenum hat ihr zugestimmt — den Verwendungsabzug von deutschem Holz bei allen öffentlichen Bauten, Förderung des Holzhausbaues, Aufhebung der die badische Holzwirtschaft vernichtend durchfuhrtarife, Einführung von Einfuhrscheiden für Holz, Kontingentierung der Holzeinfuhr aus dem Osten, handelspolitische Maßnahmen zur Erleichterung der badischen Holzexporte und Verbesserung der Mengenpanne zwischen Rundholz und Schnittholz im deutschen Einfuhrkontingent, die Schweiz betreffend.

Einer der wichtigsten Punkte ist hierbei die Kontingentierung der Holzeinfuhr aus dem Osten. Kein Mensch wendet sich gegen das Rußlandgeschäft als solches, aber es darf doch nicht dahin kommen, daß schließlich „die Russenwechsel bei der deutschen Land- und Forstwirtschaft zahlbar gemacht werden“, indem Rußland uns mit einer Ware überschütten darf, an der wir ohnehin keinen Mangel haben. Oder, wie sich der Abgeordnete Duffner im Badischen Landtag ausdrückte: „Dazu sind doch die Ausfallsbürgschaften nicht übernommen worden, daß Rußland nun den deutschen Wald kaputt macht!“ Rechnet man zu diesem russischen Holzdumping noch die Tatsache der in der Praxis bestehenden französischen Einfuhrsperrre gegen badisches Holz hinzu, dann kann man sich wohl vorstellen, wie verärgert die Lage der badischen Wald- und Holz-

Badischer Teil

Anträge der Städte zur Wohnungspolitik

Der Badische Städteverband und Badische Städtebund haben in einer erneuten Eingabe gegen die Gestaltung des Haushaltes der Wohnungsfürsorge schwere Bedenken erhoben.

Die Städteorganisationen für Streichung der Schulbeiträge

Der Badische Städteverband und der Badische Städtebund richteten an den Badischen Landtag eine erneute Eingabe um Streichung der Schulbeiträge.

Als Ausgleich für die Schulbeiträge erhielten die Gemeinden zunächst die Hälfte der Erparnisse des Landes aus den gefürzten Beamteneinküffern.

Landesausschuss für den Badischen Landwirtschaftlichen Verein

Nach einer am Freitag vorausgegangenen Sitzung des Gesamtvorstandes fand am Samstag in Karlsruhe die ordentliche Sitzung des Landesausschusses des Badischen Landwirtschaftlichen Vereins statt.

Dann berichtete der Vorsitzende über den Verlauf der im vorigen Jahre erneut aufgenommenen Verhandlungen zwecks Überführung einer Verbindung des Badischen Landwirtschaftlichen Vereins mit dem Landesverband der Vereine der ehemaligen landwirtschaftlichen Schüler.

Aus der badischen Landwirtschaft

Ein Aufruf der Landwirte. Der Verband landwirtschaftlicher Genossenschaften in Baden e. V., Karlsruhe, sowie der Badische Bauernverein e. V., Freiburg, und der Badische Landwirtschaftliche Fachorgan „Der fortschrittliche Landwirt“ einen Aufruf.

Die badische „Grüne Woche“ in Freiburg. Die verschiedenen badischen landwirtschaftlichen Organisationen berufen ihre Haupt- und Generalversammlungen für 25. und 26. April nach Freiburg ein.

300 000 Franken zur Erwerbung von Gemälden. Der Wasser-Gesetz Rat bewilligte einen Kredit von 300 000 Franken zur Erwerbung von Gemälden für die öffentliche Kunstsammlung.

Aus der Landesbauhauptaftadt

Verbilligte Rundreisefarten!

Vom 1. Mai an unternimmt die Reichsbahn einen neuen Versuch zur Verbilligung größerer Reisen, indem sie in Baden und angrenzenden Gebieten nunmehr 43 verschiedene Rundreisefarten mit einer Fahrpreisermäßigung von 25 Prozent gegenüber dem gewöhnlichen Fahrpreis aus gibt.

Die Karten bestehen nur für bestimmte Verbindungen, die durch Anschlag bei den Bahnhöfen und Mitteleuropäischen Reisebüros bekanntgegeben werden.

Die Geltungsdauer der Karten beträgt für Entfernungen bis 200 Kilometer 15 Tage und für größere Entfernungen 30 Tage, den Tag der Ausgabe mitgerechnet.

Das Weitere ist aus den Anschlägen zu ersehen und durch Auskunft an den Fahrkartenschalter zu erfahren.

Rachspiel zum Lebita-Prozess. Auf die Berufung des früheren Verlegers der „Badischen Volkszeitung“, des Buchdruckermeisters Johannes Pfeifer aus Baden-Baden, der vom Schöffengericht Karlsruhe am 19. Dezember im Lebita-Prozess wegen verurteilter Erpressung zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt worden war, sprach am Samstag die Strafkammer gegen Pfeifer wegen verurteilter Erpressung eine Geldstrafe von 300 M an Stelle einer Gefängnisstrafe von zwei Monaten aus.

Nationalsozialistische Demonstration verurteilt. Bei den Straßenkundgebungen in Karlsruhe aus Anlaß der Auflösung der SA und SS wurden insgesamt 36 Personen festgenommen.

Wetterbericht der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe, vom Montagmorgen: In Süddeutschland war das Wetter am Samstag und Sonntag meist trübe und regnerisch.

Kurze Nachrichten aus Baden

Id. Mannheim, 16. April. Die Ausgabe des „Sanktrentenbanners“ vom Freitag wurde auf Grund der Notverordnung vom 28. März 1931 beschlagnahmt.

Id. Zell a. S., 17. April. Die Landesgemeinschaft Badischer Bürgermilien hielt unter dem Präsidium des Herrn Kopf, Zell a. S., über das Wochenende eine Tagung in dem alten Reichshof ab.

D3. Vörrad, 16. April. Auf der Rückreise von Italien war in einem Hotel in Vörrad der 42 Jahre alte Chemiker Dr. Wilhelm Giulini, Mitinhaber der Firma Gebr. Giulini in Ludwigschafen a. Rh. (Zanderbeilage und Kunstbühner), abgestiegen.

D3. Grafenhausen (Amt Neustadt), 17. April. Im Alter von 82 Jahren ist Altbürgermeister Raimund Fris gestorben, der 30 Jahre hindurch an der Spitze der Gemeinde stand.

Handel und Wirtschaft

Devisennotierungen der Reichsbank

Table with columns for currency types (Amsterdam, Kopenhagen, Italien, London, New York, Paris, Schweiz, Wien) and dates (15 April, 16 April) showing exchange rates.

Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 15. April 1932 hat sich in der 2. Aprilwoche der Umlauf an Reichsbanknoten um 85,3 Mill. auf 4000,4 Mill. Reichsmark, derjenige an Rentenbankscheinen um 3,7 auf 402,6 Mill. Reichsmark verringert.

Geplante Senkung der Branntweinsteuer. Nach dem von der Reichsmonopolverwaltung herausgegebenen Abgabebuch für die Zeit vom 1. Januar bis 31. März, ist der Absatz von Trinkbranntwein auf 46 726 Hektoliter gegenüber 87 764 Hektoliter in der gleichen Zeit des Vorjahres gesunken.

Sinner AG, Karlsruhe-Grünwinkel. Der Geschäftsbericht für das Jahr 1931 beginnt mit einem ehrenvollen Nachruf für den verstorbenen Generaldirektor, Geh. Kommerzienrat Dr. h. c. Robert Sinner.

Der Vorstand der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe, hat am Montagmorgen in Karlsruhe eine Tagung abgehalten.

Id. Mannheim, 16. April. Die Ausgabe des „Sanktrentenbanners“ vom Freitag wurde auf Grund der Notverordnung vom 28. März 1931 beschlagnahmt.

Id. Zell a. S., 17. April. Die Landesgemeinschaft Badischer Bürgermilien hielt unter dem Präsidium des Herrn Kopf, Zell a. S., über das Wochenende eine Tagung in dem alten Reichshof ab.

D3. Vörrad, 16. April. Auf der Rückreise von Italien war in einem Hotel in Vörrad der 42 Jahre alte Chemiker Dr. Wilhelm Giulini, Mitinhaber der Firma Gebr. Giulini in Ludwigschafen a. Rh. (Zanderbeilage und Kunstbühner), abgestiegen.

D3. Grafenhausen (Amt Neustadt), 17. April. Im Alter von 82 Jahren ist Altbürgermeister Raimund Fris gestorben, der 30 Jahre hindurch an der Spitze der Gemeinde stand.

D3. Grafenhausen (Amt Neustadt), 17. April. Im Alter von 82 Jahren ist Altbürgermeister Raimund Fris gestorben, der 30 Jahre hindurch an der Spitze der Gemeinde stand.

D3. Grafenhausen (Amt Neustadt), 17. April. Im Alter von 82 Jahren ist Altbürgermeister Raimund Fris gestorben, der 30 Jahre hindurch an der Spitze der Gemeinde stand.

Der schweizerische Außenhandel im ersten Vierteljahr 1932 verzeichnet ein Defizit der Handelsbilanz von 240,9 Millionen gegen 145 Millionen Schweizer Franken im ersten Vierteljahr 1931.

Die ungarische Nationalbank hat mit Wirkung vom 18. April den Diskontsatz von 7 auf 6 Proz. herabgesetzt.

Staatsanzeiger

Personeller Teil

Ernennungen, Veretzungen, Zuruhestellungen usw. der planmäßigen Beamten aus dem Bereich des Ministeriums des Kultus und Unterrichts.

Ernannt:

Der außerplanmäßige Bachmeister Alfred Kuffler an Physiologischen Institut der Universität Heidelberg zum Bachmeister dazuletzt; der außerplanmäßige Bachmeister Theodor Wehberger am elektrotechnischen Institut der Technischen Hochschule Karlsruhe zum Bachmeister dazuletzt.

Auf Ansuchen in den einstweiligen Ruhestand versetzt: Studienrat Anton Weisenecker am Realgymnasium in Weinheim

TODES-ANZEIGE

Mein lieber Mann, mein guter Vater

Medizinalrat

Dr. ALBERT MANZ

ist am Donnerstag Mittag um 1 Uhr nach schwerer Krankheit gestorben im fast vollendeten 65. Lebensjahre.

In tiefer Trauer:
Frau Caroline Manz
Ruth Manz
 Mannheim O 7, 14. L.822

Die Beerdigung fand am Samstag Mittag in Zell a. H. statt.

Münchener Jubiläums-Pferdelotterie

Auf die im badischen Staatsgebiet zugelassenen Lose sind nach der am 9. April 1932 vorgenommenen amtlichen Ziehung folgende Treffer gefallen:

Auf Los-Nr. 48 887 ein Pferd i. B. v. 1500 RM.
 Je 100 RM auf Los-Nr. 6670, 41468.
 Je 10 RM auf Los-Nr. 3456, 6998, 15821, 32283, 41060, 41168, 48732, 50048, 50237.

Folgende Endnummern gewinnen in sämtlichen Tausendern je 2 RM bar: 011, 020, 123, 146, 155, 175, 195, 223, 228, 248, 250, 325, 329, 354, 363, 468, 476, 503, 523, 573, 592, 608, 615, 630, 684, 704, 716, 781, 849, 857, 887, 888, 977, 994. Ferner gewinnen 2 RM: Los-Nr. 41469, 48889, 50212 und 77719. L.821

B.948. Karlsruhe. Das Vergleichsverfahren über das Vermögen der Firma Ernst Ungerath, Buch-, Papier- und Schreibwarenhandlung in Karlsruhe, Gabelsbergerstr. 1, wurde nach Bestätigung des im Termin vom 23. März 1932 angenommenen Vergleichs aufgehoben. Das allgemeine Veräußerungsverbot verliert damit für die Zukunft seine Kraft. Karlsruhe, den 5. April 1932. Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 4.



Badisches Landestheater

Dienstag, den 19. April 1932

*B 24. Th.-Gem. 601-700
 Neu einstudiert

Wenn der junge Wein blüht

Aufspiel von Björnson

Regie: Herz

Mitwirkende:
 Bertram, Ehrhardt, Ermarth, Erbig, Genter, Mademacher, Erdin, Geising, Schneider, Hiel, Luther, Söulze, Grimm

Anfang 20 Ende 22
 Preise A (0,60-3,50 RM)

Di. 20.4. Vor Sonnenuntergang. Do. 21.4. Das Herz. Fr. 22.4. Der Rosenkavalier. Sa. 23.4. Zum erstenmal: Der 18. Oktober. So. 24.4. Nachmittags: Im weißen Rösch. Abends: Hoffmanns Erzählungen. Im Kongerthaus: Keine Vorstellung.

Zentralhandelsregister für Baden

Donndorf, Schw. B.861
 Handelsregister.
 Firma Donndorfer Volksblatt, Aktiengesellschaft für Druck und Verlag in Donndorf: An Stelle des ausgeschiedenen Stadtpfarrers Altienweiler ist Stadtpfarrer Franz Haber Duder in den Vorstand gewählt.

Donndorf (Schwarzw.), den 8. März 1932.
 Amtsgericht.

Bruchsal. B.891
 Handelsregister.
 Ab. 1 O.-B. 58: Firma Holzindustrie Bruchsal, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Bruchsal. Nach dem Beschlusse der außerordentlichen Gesellschafterversammlung vom 30. Dezember 1930 ist das Stammkapital auf 50 000 Reichsmark herabgesetzt worden.

Bruchsal, 4. April 1932.
 Amtsgericht I.

Karlsruhe. B.921
 Handelsregister.
 1. Diplomingenieur Wilhelm Gassel, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe: Die Vertretungsbefugnis des Liquidators Dr. rer. pol. Otto Rudelwald ist beendet. Maria Köpfer, Jodgrin ist zum Liquidator bestellt.

2. Verwaltungsgesellschaft, Kaiserallee 121 mit beschränkter Haftung, Karlsruhe: Die Vertretungsbefugnis des Geschäftsführers Dr. rer. pol. Otto Rudelwald ist beendet. Maria Köpfer, Jodgrin ist als Geschäftsführerin bestellt.

3. Gesellschaft für neue Bauweisen (Geneba), Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe: Die Vertretungsbefugnis des Geschäftsführers Dr. Otto Rudelwald ist beendet. Maria Köpfer, Jodgrin ist als Geschäftsführerin bestellt.

4. Richtigpfeile, Hans A. Kaspar, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe: Durch Beschluß der Gesellschafter vom 3. März 1932 wurde der Gesellschaftsvertrag in § 6 (Veränderung von Geschäftsanteilen) geändert und durch Verfügung des § 12 (Schiedsgericht) ergänzt. Als weiterer Geschäftsführer ist bestellt: Alfred Spier, Kaufmann, Karlsruhe.

5. Deutsche P.-S.-Lampen-Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe: Durch Gesellschafterbeschlusse vom 2. März 1932 wurde der Gesellschaftsvertrag in den §§ 1 und 2 Abf. 1 geändert. Hiernach ist die Firma geändert in: Sistrach-Richt-Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Gegenstand des Unternehmens ist nunmehr: Die Herstellung und der Vertrieb von Beleuchtungsgeräten aller Art, insbesondere der Vertrieb und die Herstellung von Sistrach-Beleuchten. 7. April 1932.

6. Süddeutsches Dental-Depot G. Robile, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe: Die Firma ist erloschen. 8. April 1932.

7. Rheinische Schwemstein-Industrie, Friedr. Chr. Kiefer Erben, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe: Durch Gesellschafterbeschlusse vom 8. Dezember 1931 und 11. März 1932 wurde das Stammkapital um 5 100 RM auf 20 100 RM erhöht und der Gesellschaftsvertrag in § 4 entsprechend geändert. Arthur Weimisch, Regierungsbaumeister a. D., Karlsruhe, ist zum Geschäftsführer bestellt. 9. April 1932.
 Amtsgericht Karlsruhe.

Karlsruhe. B.922
 Handelsregister.
 1. Ludwig Wiedemann, Karlsruhe: Die Firma ist erloschen. 2. April 1932.

2. „Motrey“ Leuprecht & Co., Karlsruhe: Hans

Nehm ist aus der Gesellschaft ausgeschieden. Die Gesellschaft ist aufgelöst. Kaufmann Bruno Lange, Karlsruhe, ist zum Liquidator bestellt.

3. Carl August Nietzen & Co., Karlsruhe: Die Prokura des Wilhelm Klusmann ist erloschen. Dem Kaufmann Ernst Kniebes, Karlsruhe, ist Gesamtprokura erteilt; er ist berechtigt, gemeinsam mit einem anderen Prokuristen die Gesellschaft zu vertreten. 6. April 1932.

4. Fritz Rühl, Karlsruhe: Die Firma ist erloschen. 6. April 1932.

5. Gebrüder Ziegler, Karlsruhe: Offene Handelsgesellschaft mit Beginn am 1. Januar 1932. Kaufmann Johannes Klumpp, Karlsruhe, ist als persönlich haftender Gesellschafter in das Geschäft eingetreten, dessen Prokura ist erloschen. 9. April 1932.
 Amtsgericht Karlsruhe.

Rehl. B.844
 Handelsregister: Firma Arthur Schradl in Rehl: Die Firma ist erloschen. Rehl, 9. März 1932.
 Amtsgericht II.

Vörsach. B.886
 Handelsregister.
 Vom 20. Februar 1932: Richard Dattler & Co., Vörsach, Kommanditgesellschaft: Persönlich haftender Gesellschafter ist Kaufmann Richard Dattler in Zitein. Beiliegend sind zwei Kommanditpapiere. Dem Kaufmann Ernst Gödel in Vörsach ist Einzelprokura erteilt. Die Gesellschaft hat am 16. Februar 1932 begonnen.
 Vom 22. Februar 1932: Manufaktur Koehlin, Baumgarten & Cie., Aktiengesellschaft, Vörsach: Die Vertretungsbefugnis der Vorstandsmitglieder Charles Schwarz und Paul Seidel ist beendet. Arno Steinert in Vörsach ist zum Prokuristen bestellt mit der Eigenschaft eines Direktors und ist berechtigt, gemeinsam mit einem Vorstandsmitglied oder einem stellvertretenden Vorstandsmitglied die Gesellschaft zu vertreten und für sie zu zeichnen.
 Vom 1. März 1932: Lebensmittel-Knoll, Inh. Ida Knoll, Halingen. Inhaber: Kaufmann Erwin Knoll Ehefrau, Ida geborene Mengsdorf, Halingen.
 Vom 2. März 1932: Handelsgesellschaft für Drogen und Chemikalien m. b. H., Vörsach: Die Firma wird von Amts wegen gelöscht.
 Bad. Amtsgericht Vörsach.

Wannheim. B.887
 Handelsregister.
 vom 9. März 1932: Gebrüder Reuling, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Mannheim: Kaufmann Peter Bauer in Mannheim ist zum weiteren Geschäftsführer bestellt.

G. Zahn & Co., Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Mannheim: Elisabeth Käst, Mannheim, und Richard Ennemoser, Staudernheim (Pfalz), sind zu Prokuristen so bestellt, daß jedes von ihnen in Gemeinschaft mit einem Prokuristen zur Zeichnung der Firma berechtigt ist.

Verein Deutscher Schiffbrüthen, Mannheim: Die Generalversammlung vom 15. Februar 1932 hat durch Beschluß den § 15 Ziffer 4 b des Gesellschaftsvertrags (Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrats) abgeändert und ferner die bisherigen Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags über die Zusammensetzung und über die Bestellung des Aufsichtsrats neu beschloffen.

Gebrüder Bierburg, Aktiengesellschaft, Zweigniederlassung Mannheim in Mannheim als Zweigniederlassung der Firma Ge-

Bilanz per 31. Dezember 1931

Aktiva	RM	Passiva	RM
1. Geschäftseinrichtung	100,—	1. Aktienkapital	
2. Bankgebäude	540 000,—	a) Stamm-Aktien	12 000 000,—
3. Kassenbestand, Reichsbank- und Postspark-Guthaben	133 700,09	b) Vorzugsaktien	5 000,—
4. Hypotheken, Darlehen auf Feingold-Grundlage darunter 329 895,77 RM Darlehen aus Mitteln der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt; von den übrigen Darlehen waren am Bilanztag im Goldhypothekenregister eingetragen 315 077 877,93 RM	315 729 368,—	2. Reservefonds	5 500 000,—
5. Nachstellende Aufwertungs-Hypotheken und ungesicherte Aufwertungs-Forderungen	4 060 546,60	3. Pfandbrief-Sicherungs-Reservefonds	1 000 000,—
6. Kommunal-Darlehen (davon im Korporationsforderungen-Register eingetragen 35 492 146,88 RM)	36 201 006,01	4. Rückstellung f. das Pfandbriefgeschäft	1 122 319,27
7. Fällige und anteilige sowie rückständige Darlehenszinsen (darunter rückständig 350 286,46 RM)	5 805 406,14	5. Rückstellungsfonto I	781 420,55
8. Forderungen:		6. Rückstellungsfonto II	1 026 547,14
a) bei Banken	6 258 900,82	7. Vorträge auf Kostenbeitrags-Konto	670 000,—
b) Lombard-Forderung. 2 517 716,47		8. Goldpfandbriefe:	
c) sonstige Forderungen 440 881,31	9 217 498,60	4 1/2% Liquidations-Goldpfandbriefe 80 429 550,—	
9. Wertpapiere	8 831 923,80	5% Goldpfandbriefe (Gr. 12575)	35 084,25
10. Wertpapiere des Pensionsfonds und der Stiftungen	931 936,10	6% Goldpfandbriefe 3208 200,—	
11. Grundstücks-Konto	15 401,—	6 1/2% Goldpfandbriefe 3288 500,—	
		7% Goldpfandbriefe 36573 100,—	
		8% Goldpfandbriefe 191 179 250,—	314 713 684,25
		9. 8% Goldschuldverschreibungen	29 955 400,—
		10. Rückständige verlorne Pfandbriefe	245 950,—
		11. Guthaben der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt	329 895,77
		12. Anteilige und fällige Zinsen auf Goldpfandbriefe und Goldschuldverschreibungen und rückständige Dividenden	7 164 404,72
		13. Kreditoren:	
		a) Deposten	235 294,59
		b) Sonstige Kreditoren 1 397 504,31	1 632 798,90
		14. Wertberichtigungskonto	3 002 136,21
		15. Pensionsfonds und Stiftungen	932 262,22
		16. Beamten-Unterstützungsfonds	2 540,61
		17. Gewinn- und Verlust-Konto:	
		Vortrag a. d. Jahre 1930 172 715,49	
		Reingewinn	1 209 861,21
	381 466 936,34		381 466 936,34

Gewinn- u. Verlust-Konto per 31. Dezember 1931 Haben

Soll	RM	Haben	RM
1. Allgemeine Geschäftslosten:		1. Vortrag aus dem Jahre 1930	172 715,49
a) Steuern, Stempel und sonstige öffentliche Abgaben 338 284,96		2. Darlehens-Zinsen:	
b) sonstige Unkosten 1 258 147,61	2 096 432,57	a) aus Hypotheken-Darlehen	22 975 461,53
2. Pfandbrief- und Kommunal-Obligationen-Zinsen:		b) aus Kommunal-Darlehen	3 429 539,18
a) Pfandbrief-Zinsen 21 578 268,55		3. Ersparleistungen und Kostenbeiträge im Darlehensgeschäft	575 228,96
b) Kommunal-Obligationen-Zinsen 2 521 524,59	24 099 793,14	4. Zinsen aus sonstigen Anlagen	1 234 133,02
3. Einlage-Zinsen	16 641,27	5. Sonstige Einnahmen	9 545,50
4. Abschreibung auf Geschäftseinrichtung	1 180,—		
5. Abtrag auf Wertberichtigungskonto	800 000,—		
6. Reingewinn	1 382 576,70		
	28 396 623,68		28 396 623,68

In der heutigen Generalversammlung der Aktionäre unserer Bank wurde die Dividende für das Geschäftsjahr 1931 auf 6% festgesetzt. Demgemäß wird der Gewinnanteilschein Nr. 5 abzüglich 10% Kapital-Ertrag-Steuer sofort entsprechend eingelöst. L.820

Mannheim, den 14. April 1932.

Rheinische Hypothekenbank

Inserieren bringt Gewinn!

Druck G. Blum, Karlsruhe

Richard Cron, Mannheim: Die Firma ist erloschen.

Oberheinisches Schiff-fabrik- und Exportions-Kontor, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Mannheim: Otto Gärtner ist nicht mehr Geschäftsführer. Erna Kander geb. Weber in Mannheim-Heidenheim ist zum Einzelprokuristen bestellt. Bad. Amtsgericht, K. O. 4, Mannheim.

Offenburg, Bad. B.849
 Eintrag in das Handelsregister Abt. A Band II O.-B. 149: Firma Koch & Cie., Kommanditgesellschaft Offenburg, Sitz: Offenburg. Persönlich haftende Gesellschafter sind: Emil Koch, Ehefrau, Julie geb. Koch, und Wilhelm Dierks, Ehefrau, Berta geb. Koch, beide in Offenburg. Es ist ein Kommanditist vorhanden. Dem Kaufmann Richard Dierks in Offenburg ist Prokura erteilt.
 Offenburg, 10. März 1932.
 Bad. Amtsgericht III.

Säckingen. B.839
 Handelsregister.
 Abt. B zur Firma Aluminium-Industrie, Aktiengesellschaft (Société Anonyme pour l'Industrie de l'Aluminium) in Neuhäusen (Schweiz), Filiale bei Rheinfelden (Baden), Zweigniederlassung der Aluminium-Industrie, Aktiengesellschaft (Société Anonyme pour l'Industrie de l'Aluminium) in Neuhäusen (Schweiz), Kanton Schaffhausen: Die Zweigniederlassung ist gelöscht.
 Säckingen, 9. März 1932.
 Amtsgericht.

Schnau, Schw. B.845
 Handelsregister.
 Abt. I O.-B. 297 E. 599: Firma Woblar & Dehler, Schnau. Die Gesellschafter sind: Alfred Woblar, Baumeister in Delsnig i. B., Reinhard Woblar, Tiefbauunternehmer daselbst, Friedrich Dehler, Ingenieur in Schnau. Anna Dehler, geb. Edel, daselbst. Die offene Handelsgesellschaft hat am 7. Januar 1932 begonnen.
 Gesellschafterin Anna Dehler geb. Edel ist von der Vertretung ausgeschlossen.
 Schnau (Schwarzwald), den 9. März 1932.
 Amtsgericht.

Weinheim. B.841
 Zum Handelsregister A Bd. I O.-B. 2 zur Firma Johann Friedrich Lang Sohn in Heidesheim wurde eingetragen: Die Firma ist auf Regina Krietzbaum, ledig, in Heidesheim übergegangen.
 7. März 1932.
 Amtsgericht Weinheim.